

Bundesgesetzblatt

Teil I

1957

Ausgegeben zu Bonn am 23. August 1957

Nr. 48

Tag	Inhalt:	Seite
19. 8. 57	Getreidepreisgesetz 1957/58	1239
19. 8. 57	Gesetz zur Ergänzung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung	1250
19. 8. 57	Drittes Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit	1251
21. 8. 57	Dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Verordnung zu § 164 Abs. 2 Nr. 3 AVAVG)	1252
8. 8. 57	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu § 15 des bayerischen Gesetzes über die Presse	1253
8. 8. 57	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den §§ 27 und 28 Abs. 2 des hamburgischen Hundesteuergesetzes	1253
	Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger	1254

In Teil II Nr. 23, ausgegeben am 19. August 1957, ist veröffentlicht: Gesetz zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft.

Gesetz über Preise für Getreide inländischer Erzeugung für das Getreidewirtschaftsjahr 1957/58 sowie über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft (Getreidepreisgesetz 1957/58).

Vom 19. August 1957.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Preise für Brotgetreide

(1) Für Brotgetreide (Roggen, Weizen) inländischer Erzeugung werden für die Monate Juli 1957 bis Juni 1958 die nachstehenden Erzeugerpreise in

Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack festgesetzt, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle. Die Mindestbeträge dürfen nicht unterschritten, die Höchstbeträge nicht überschritten werden. Die Preise sind nach demjenigen Preisgebiet zu errechnen, in dem der Übergabeort oder die Verladestelle liegt.

I. Roggen

Preisgebiet	R I	R II	R III	R IV
Juli	371—391	375—395	377—397	379—399
August	371—391	375—395	377—397	379—399
September	376—394	380—398	382—400	384—402
Oktober	381—400	385—404	387—406	389—408
November	386—403	390—407	392—409	394—411
Dezember	391—406	395—410	397—412	399—414
Januar	396—410	400—414	402—416	404—418
Februar	401—412	405—416	407—418	409—420
März	406—415	410—419	412—421	414—423
April	411—420	415—424	417—426	419—428
Mai	411—420	415—424	417—426	419—428
Juni	411—420	415—424	417—426	419—428

II. Weizen

Preisgebiet	W I	W II	W III	W IV
Juli	411—431	415—435	417—437	419—439
August	411—431	415—435	417—437	419—439
September	416—434	420—438	422—440	424—442
Oktober	421—440	425—444	427—446	429—448
November	426—443	430—447	432—449	434—451
Dezember	431—446	435—450	437—452	439—454
Januar	436—450	440—454	442—456	444—458
Februar	441—452	445—456	447—458	449—460
März	446—455	450—459	452—461	454—463
April	451—460	455—464	457—466	459—468
Mai	451—460	455—464	457—466	459—468
Juni	451—460	455—464	457—466	459—468

(2) Als Weizen im Sinne dieses Gesetzes gilt auch Spelz (Dinkel, Fesen) mit der Maßgabe, daß sich die für Weizen festgesetzten Preise bei gegerbtem Spelz um 10 vom Hundert erhöhen, bei ungegerbtem Spelz um 25 vom Hundert ermäßigen.

(3) Die Preise für Menggetreide und Mischfrucht dürfen die Mindestbeträge nicht unterschreiten und die Höchstbeträge nicht überschreiten, die sich unter Zugrundelegung der Preise des Absatzes 1 nach dem Mischungsverhältnis ergeben.

(4) Die Preisgebietseinteilung ergibt sich aus der Anlage. Sie wird von einer Änderung der Länder oder der staatlichen Verwaltungsbezirke nicht berührt. Zur Vermeidung von Ungleichheiten und Härten, die sich bei der Durchführung ergeben, kann der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates die Preisgebiete durch Rechtsverordnung anderweitig festsetzen.

§ 2

Preise für Futter- und Industriegetreide sowie für Braugerste

(1) Für Futter- und Industriegetreide sowie für Braugerste inländischer Erzeugung werden die nachstehenden Erzeugerpreise in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack festgesetzt, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle. Die Mindestbeträge dürfen nicht unterschritten, die Höchstbeträge nicht überschritten werden.

Futtergerste	350—390
Industriegerste	375—400
Braugerste	420—450
Futterhafer	300—365
Industriehafer	315—375

(2) Industriegerste ist Gerste, die ein Eigengewicht von mindestens 65 Kilogramm je Hektoliter hat und für Zwecke der industriellen Verarbeitung geeignet ist. Industriehafer ist Hafer, der ein Eigengewicht von mindestens 51 Kilogramm je Hektoliter hat und für Zwecke der industriellen

Verarbeitung geeignet ist. Braugerste ist Gerste, die insbesondere nach Keimfähigkeit und Eiweißgehalt zur Herstellung von Braumalz geeignet ist. Gerste und Hafer, die diesen Mindestanforderungen nicht entsprechen, gelten als Futtergerste oder Futterhafer.

§ 3

Sicherung der Preise für Getreide

(1) Zur Sicherung der Mindestpreise dieses Gesetzes hat die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel (Einfuhr- und Vorratsstelle) ihr vom Erzeuger angebotenes Getreide, außer Saatgetreide, zum Mindestpreis zu übernehmen, soweit dieser Preis im freien Verkehr nicht erzielt werden kann. Kann dieser Preis in einem Gebiet außerhalb des Erzeugungsgebietes erzielt werden, so kann die Einfuhr- und Vorratsstelle unter Wegfall ihrer Übernahmeverpflichtung einen Beitrag zu den Kosten der Beförderung des Getreides ab Übergabeort oder Verladestelle des Erzeugers und den durch diese Beförderung entstehenden Nebenkosten zahlen, um den Absatz des Getreides zum Mindestpreis zu ermöglichen. Hierzu erläßt der Bundesminister Richtlinien im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Verkehr.

(2) Die Einfuhr- und Vorratsstelle hat Getreide, außer Saatgetreide, an Verarbeiter und Verbraucher zu den in diesem Gesetz festgesetzten Höchstpreisen zuzüglich üblicher Handelsspannen abzugeben, wenn eine Versorgung zu diesem Preis im freien Verkehr nicht möglich ist.

(3) Qualitätszu- und -abschläge sind sowohl bei der Aufnahme zu Mindestpreisen als auch bei der Abgabe zu Höchstpreisen zu berücksichtigen.

(4) Im allgemeinen hat die Einfuhr- und Vorratsstelle die Aufgabe, durch Aufnahme oder Abgabe von Getreide inländischer Erzeugung, außer Saatgetreide, durch Vorratshaltung oder Abgabe von Auslandsgetreide und durch sonstige geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die durch dieses Gesetz festgesetzten Preisgrenzen innegehalten werden.

§ 4

Preise für Saatgetreide

(1) Für anerkanntes Saatgut von Getreide darf der Verbraucherpreis nachstehende Grundpreise und Höchstzuschläge in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle, nicht übersteigen:

Getreideart	Grundpreis	Höchstzuschlag
Winterroggen (normal)	405	180
Liho-Futterroggen und Heßdorfer Johannesroggen	405	250
Winterroggen Tetra	405	230
Sommerroggen	405	230
Winterweizen	445	160
Sommerweizen	445	190
Spelz (Dinkel, Fesen)	340	190
Wintergerste, 4zeilig	400	160
Wintergerste, 2zeilig	440	160
Sommergerste	450	160
Weißhafer und Gelbhafer	375	180
Schwarzhafer	375	220

Als anerkanntes Saatgut im Sinne dieses Gesetzes gilt auch mit Erfolg geprüftes Vorstufensaatgut.

(2) Soweit Handelssaatgut oder Behelfssaatgut von Getreide nach dem Saatgutgesetz vom 27. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 450) in Verbindung mit den dazu ergangenen oder noch ergehenden Verordnungen zugelassen wird, darf der Abgabepreis des Herstellers die nachstehenden Grundpreise und Höchstzuschläge in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle, nicht übersteigen:

Getreideart	Grundpreis	Höchstzuschlag
Winterroggen	405	45
Sommerroggen, Liho-Futterroggen und Heßdorfer Johannesroggen	405	50
Winterweizen	445	45
Sommerweizen	445	50
Wintergerste, 4zeilig	400	55
Wintergerste, 2zeilig	440	55
Sommergerste	450	45
Weißhafer und Gelbhafer	375	50
Schwarzhafer	375	55

(3) Bei Abgabe in Mengen unter 75 Kilogramm dürfen die Zuschläge des Absatzes 1 höchstens um folgende Kleinmengenzuschläge erhöht werden:

bei Abgabe in Mengen bis 24,9 Kilogramm
3 Deutsche Pfennig je Kilogramm,

bei Abgabe in Mengen von 25 bis 49,9 Kilogramm
1,50 Deutsche Pfennig je Kilogramm,

bei Abgabe in Mengen von 50 bis 74,9 Kilogramm
0,75 Deutsche Pfennig je Kilogramm.

§ 5

Beschaffenheit des Getreides

(1) Die Preise der §§ 1, 2 und 4 gelten für gesundes, trockenes Getreide von durchschnittlicher Beschaffenheit.

(2) Für Getreide besserer oder geringerer Beschaffenheit können zu diesen Preisen entsprechend der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes des Getreides bis zum Erlaß von Vorschriften nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 Zu- oder Abschläge vereinbart werden.

§ 6

Qualitätsklassen, Zu- und Abschläge

(1) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung Bestimmungen über

1. Merkmale der durchschnittlichen, besseren und geringeren Beschaffenheit des Getreides sowie über Art und Zeitpunkt der Feststellung dieser Merkmale,

2. Höhe der Zu- und Abschläge für Getreide besserer und geringerer Beschaffenheit

treffen.

(2) Die Zu- und Abschläge dürfen den Wert nicht übersteigen, welcher der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes von Getreide durchschnittlicher Beschaffenheit entspricht.

(3) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung die in § 4 Abs. 1 geregelten Höchstzuschläge für anerkanntes Saatgut von Gerste erhöhen, wenn und insoweit diese Höchstzuschläge den gemäß Absatz 1 Nr. 2 für Braugerste festgesetzten Zuschlägen nicht mehr entsprechen.

§ 7

Schlußschein, Anbieterspflicht, Auflagen

(1) Zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung kann der Bundesminister

1. durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für jeden Verkauf von Roggen, Weizen oder Gemenge von Roggen und Weizen, von Gerste, Hafer und Futtermenggetreide die Ausstellung eines Schlußscheines durch den Käufer vorschreiben sowie Vorschriften über Form, Inhalt, Auswertung und Verbleib des Schlußscheines erlassen,

2. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates vorschreiben, daß und inwieweit in Verkehr gebrachte Erzeugnisse der in Nummer 1 genannten Art in verarbeitetem oder unverarbeitetem Zustand bestimmten Betrieben oder Stellen zum Kauf anzubieten sind,

3. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften für die Weiterlieferung, Verteilung und Verwendung der in Nummer 1 genannten Erzeugnisse durch gewerbliche

Unternehmen erlassen. Der Bundesminister kann einzelnen gewerblichen Betrieben durch Verfügung Auflagen für die Weiterlieferung, Verteilung und Verwendung der genannten Erzeugnisse erteilen, sofern eine übergebieliche Regelung erforderlich ist; andernfalls können die Auflagen durch die oberste Landesbehörde erteilt werden.

(2) § 18 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) findet Anwendung.

§ 8

Lieferprämie für Roggen

(1) Um die Verwendung von Roggen als Brotgetreide oder Saatgut oder zur Herstellung von Nähr- oder Kaffeemitteln zu sichern, wird dem Erzeuger für Roggen, der zur Verwendung als Brotgetreide geeignet ist und den der Erzeuger an vom Bundesminister bestimmte Betriebe und Stellen liefert, eine Lieferprämie von 20 Deutsche Mark je tausend Kilogramm vom Bund gezahlt.

(2) Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nähere über die Zahlung, Erstattung und Rückzahlung der Lieferprämien zu regeln. Die Erstattung der Lieferprämien an den Käufer kann von bestimmten Fristen abhängig gemacht werden, innerhalb derer er das Getreide weitergeliefert, übernommen oder seine Erstattungsansprüche angemeldet haben muß. Bei vom Bundesminister nach Absatz 1 bestimmten Verarbeitungsbetrieben, die nicht Mühlen sind, kann die Erstattung außerdem auf bestimmte Getreidemengen beschränkt werden.

(3) § 18 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 findet Anwendung.

§ 9

Strafbestimmungen

(1) Zuwiderhandlungen gegen §§ 1, 2, 3, 4, 5, 8 Abs. 1 und gegen die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Bestimmungen, sofern diese ausdrücklich auf die Strafbestimmungen dieses Gesetzes verweisen, werden nach den Vorschriften des Wirtschaftsstrafgesetzes geahndet.

(2) Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund des § 7 Abs. 2 und § 8 Abs. 3 bestehende Auskunftspflicht werden nach § 21 Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 geahndet.

§ 10

Land Berlin und Saarland

(1) Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

§ 11

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1957 in Kraft. Es tritt ebenso wie die auf Grund der §§ 1, 6 und 7 erlassenen Rechtsverordnungen am 30. Juni 1958 außer Kraft; die auf Grund des § 8 erlassenen Rechtsverordnungen treten am 31. Juli 1958 außer Kraft.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 19. August 1957.

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Sieveking

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

Anlage
(zu § 1 Abs. 4)

Roggen- und Weizenpreisgebiete für Inlandsgetreide
nach Verwaltungsbezirken

Land Bayern		Passau	RI	W III
		Straubing	RI	W III
Reg.-Bezirk Oberbayern				
Stadtkreise		Landkreise		
Bad Reichenhall	R IV W IV	Bogen	RI	W III
Freising	R II W III	Deggendorf	RI	W III
Ingolstadt	R II W III	Dingolfing	R II	W III
Landsberg	R IV W IV	Eggenfelden	RI	W III
München	R IV W IV	Grafenau	RI	W III
Rosenheim	R IV W IV	Griesbach	RI	W III
Traunstein	R IV W IV	Kelheim	R II	W III
		Kötzting	RI	W III
Landkreise		Landau a. d. Isar	RI	W III
Aichach	R IV W III	Landshut	R II	W III
Altötting	R II W III	Mainburg	R II	W III
Bad Aibling	R IV W IV	Mallersdorf	R II	W III
Bad Tölz	R IV W IV	Passau	RI	W III
Berchtesgaden	R IV W IV	Pfarrkirchen	RI	W III
Dachau	R IV W IV	Regen	RI	W III
Ebersberg	R II W IV	Rottenburg	R II	W III
Erding	R II W III	Straubing	RI	W III
Freising	R II W III	Viechtach	RI	W III
Fürstenfeldbruck	R IV W IV	Vilsbiburg	R II	W III
Garmisch-Partenkirchen	R IV W IV	Vilshofen	RI	W III
Ingolstadt	R II W III	Wegscheid	RI	W III
Landsberg	R IV W IV	Wolfstein	RI	W III
Laufen	R IV W IV			
Miesbach	R IV W IV	Reg.-Bezirk Oberpfalz		
Mühldorf	R II W III	Stadtkreise		
München	R IV W IV	Amberg	RI	W IV
Pfaffenhofen a. d. Ilm	R II W III	Neumarkt/Opf.	RI	W III
Rosenheim	R IV W IV	Regensburg	RI	W III
Schongau	R IV W IV	Schwandorf/Bayern	RI	W III
Schrobenhausen	R II W III	Weiden	RI	W IV
Starnberg	R IV W IV			
Traunstein	R IV W IV	Landkreise		
Wasserburg am Inn	R II W III	Amberg	RI	W IV
Weilheim	R IV W IV	Beilngries	RI	W III
Wolfratshausen	R IV W IV	Burglengenfeld	RI	W III
		Cham	RI	W III
Reg.-Bezirk Niederbayern		Eschenbach/Opf.	RI	W IV
Stadtkreise		Kemnath	RI	W IV
Deggendorf	RI W III	Nabburg	RI	W IV
Landshut	R II W III	Neumarkt/Opf.	RI	W III

Neunburg vorm Wald	RI	W III	Landkreise		
Neustadt a. d. Waldnaab	RI	W IV	Ansbach	R II	W IV
Oberviechtach	RI	W IV	Dinkelsbühl	R II	W IV
Parsberg	RI	W III	Eichstätt	RI	W IV
Regensburg	RI	W III	Erlangen	R II	W IV
Riedenburg	RI	W III	Feuchtwangen	R II	W IV
Roding	RI	W III	Fürth	R II	W IV
Sulzbach-Rosenberg	RI	W IV	Gunzenhausen	R II	W IV
Tirschenreuth	RI	W IV	Hersbruck	R II	W IV
Vohenstrauß	RI	W IV	Hilpoltstein	RI	W IV
Waldmünchen	RI	W III	Lauf a. d. Pegnitz	R II	W IV
			Neustadt a. d. Aisch	R II	W IV
Reg.-Bezirk Oberfranken			Nürnberg	R II	W IV
Stadtkreise			Rothenburg o. d. T.	R II	W IV
Bamberg	R II	W IV	Scheinfeld	R II	W IV
Bayreuth	RI	W IV	Schwabach	RI	W IV
Coburg	RI	W IV	Uffenheim	R II	W IV
Forchheim	R II	W IV	Weißenburg/Bayern	RI	W IV
Hof	RI	W IV			
Kulmbach	RI	W IV	Reg.-Bezirk Unterfranken		
Markredwitz	RI	W IV	Stadtkreise		
Neustadt bei Coburg	RI	W IV	Aschaffenburg	R II	W IV
Selb	RI	W IV	Bad Kissingen	RI	W IV
			Kitzingen	R II	W IV
Landkreise			Schweinfurt	R II	W IV
Bamberg	R II	W IV	Würzburg	R II	W IV
Bayreuth	RI	W IV			
Coburg	RI	W IV	Landkreise		
Ebermannstadt	R II	W IV	Alzenau i. Unterfr.	R II	W IV
Forchheim	R II	W IV	Aschaffenburg	R II	W IV
Höchstadt a. d. Aisch	R II	W IV	Bad Kissingen	RI	W IV
Hof	RI	W IV	Bad Neustadt a. d. Saale	RI	W IV
Kronach	RI	W IV	Brückenau	RI	W IV
Kulmbach	RI	W IV	Ebern	RI	W IV
Lichtenfels	RI	W IV	Gemünden	R II	W IV
Münchberg	RI	W IV	Gerolzhofen	R II	W IV
Naila	RI	W IV	Hammelburg	R II	W IV
Pegnitz	RI	W IV	Haßfurt	R II	W IV
Rehau	RI	W IV	Hofheim/Unterfr.	RI	W IV
Stadtsteinach	RI	W IV	Karlstadt	R II	W IV
Staffelstein	RI	W IV	Kitzingen	R II	W IV
Wunsiedel	RI	W IV	Königshofen i. Grabfeld	RI	W IV
			Lohr	R II	W IV
Reg.-Bezirk Mittelfranken			Marktheidenfeld	R II	W IV
Stadtkreise			Mellrichstadt	RI	W IV
Ansbach	R II	W IV	Miltenberg	R II	W IV
Eichstätt	RI	W IV	Obernburg	R II	W IV
Erlangen	R II	W IV	Ochsenfurt	R II	W IV
Fürth	R II	W IV	Schweinfurt	R II	W IV
Nürnberg	R II	W IV	Würzburg	R II	W IV
Rothenburg o. d. T.	R II	W IV			
Schwabach	RI	W IV	Reg.-Bezirk Schwaben		
Weißenburg/Bayern	RI	W IV	Stadtkreise		
			Augsburg	R IV	W IV
			Dillingen a. d. Donau	R IV	W III

Günzburg	R IV W IV	Schwäbisch Hall	R IV W IV
Kaufbeuren	R IV W IV	Ulm	R IV W IV
Kempton/Allgäu	R IV W IV	Vaihingen	R IV W IV
Memmingen	R IV W IV	Waiblingen	R IV W IV
Neuburg a. d. Donau	R IV W IV		
Neu-Ulm	R IV W IV	Reg.-Bezirk Nord-Baden	
Nördlingen	R IV W IV	Stadtkreise	
Landkreise		Karlsruhe	R IV W IV
Augsburg	R IV W IV	Heidelberg	R IV W IV
Dillingen a. d. Donau	R IV W III	Mannheim	R IV W IV
Donauwörth	R IV W IV	Pforzheim	R IV W IV
Friedberg	R IV W IV	Landkreise	
Füssen	R IV W IV	Bruchsal	R IV W IV
Günzburg	R IV W IV	Buchen	R IV W IV
Illertissen	R IV W IV	Heidelberg	R IV W IV
Kaufbeuren	R IV W IV	Karlsruhe	R IV W IV
Kempton/Allgäu	R IV W IV	Mannheim	R IV W IV
Krumbach/Schwaben	R IV W IV	Mosbach	R IV W IV
Lindau	R IV W IV	Pforzheim	R IV W IV
Markt Oberdorf	R IV W IV	Sinsheim	R IV W IV
Memmingen	R IV W IV	Tauberbischofsheim	R IV W IV
Mindelheim	R IV W IV	Reg.-Bezirk Süd-Baden	
Neuburg a. d. Donau	R IV W IV	Stadtkreise	
Neu-Ulm	R IV W IV	Baden-Baden	R IV W IV
Nördlingen	R IV W IV	Freiburg	R IV W IV
Schwabmünchen	R IV W IV	Konstanz	R IV W IV
Sonthofen	R IV W IV	Landkreise	
Wertingen	R IV W III	Bühl	R IV W IV
Land Baden-Württemberg		Donaueschingen	R IV W IV
Reg.-Bezirk Nord-Württemberg		Emmendingen	R IV W IV
Stadtkreise		Freiburg	R IV W IV
Stuttgart	R IV W IV	Kehl	R IV W IV
Heilbronn	R IV W IV	Konstanz	R IV W IV
Ulm	R IV W IV	Lahr	R IV W IV
Landkreise		Lörrach	R IV W IV
Aalen	R IV W IV	Müllheim	R IV W IV
Backnang	R IV W IV	Neustadt	R IV W IV
Böblingen	R IV W IV	Offenburg	R IV W IV
Crailsheim	R IV W IV	Rastatt	R IV W IV
Eßlingen	R IV W IV	Säckingen	R IV W IV
Göppingen	R IV W IV	Stockach	R IV W IV
Heidenheim	R IV W IV	Überlingen	R IV W IV
Heilbronn	R IV W IV	Villingen	R IV W IV
Künzelsau	R IV W IV	Waldshut	R IV W IV
Leonberg	R IV W IV	Wolfach	R IV W IV
Ludwigsburg	R IV W IV	Reg.-Bezirk Süd-Württemberg-Hohen-	
Mergentheim	R IV W IV	zollern	
Nürtingen	R IV W IV	Landkreise	
Ohringen	R IV W IV	Balingen	R IV W IV
Schwäbisch Gmünd	R IV W IV	Biberach	R IV W IV

Calw	R IV W IV	Rotenburg	RI WI
Ehingen	R IV W IV	Waldeck	RI WI
Freudenstadt	R IV W IV	Witzenhausen	RI WI
Hechingen	R IV W IV	Wolfhagen	RI WI
Horb	R IV W IV	Ziegenhain	RI W II
Münsingen	R IV W IV		
Ravensburg	R IV W IV	Reg.-Bezirk Wiesbaden	
Reutlingen	R IV W IV	Stadtkreise	
Rottweil	R IV W IV	Frankfurt (Main)	R IV W IV
Saulgau	R IV W IV	Hanau	R IV W IV
Sigmaringen	R IV W IV	Wiesbaden	R IV W IV
Tettngang	R IV W IV		
Tübingen	R IV W IV	Landkreise	
Tuttlingen	R IV W IV	Biedenkopf	R II W II
Wangen	R IV W IV	Dillkreis	R II W III
		Gelnhausen	R II W IV
Land Hessen		Hanau	R IV W IV
Reg.-Bezirk Darmstadt		Limburg	R II W II
Stadtkreise		Main-Taunus-Kreis	R IV W IV
Darmstadt	R IV W IV	Oberlahnkreis	R II W II
Gießen	R II W II	Obertaunuskreis	R IV W IV
Offenbach	R IV W IV	Rheingaukreis	R IV W IV
Landkreise		Schlüchtern	R II W IV
Alsfeld	RI W II	Untertaunuskreis	R IV W IV
Bergstraße	R IV W IV	Usingen	R II W II
Büdingen	R II W II	Wetzlar	R II W II
Darmstadt	R IV W IV		
Dieburg	R IV W IV	Land Rheinland-Pfalz	
Erbach	R IV W IV	Reg.-Bezirk Koblenz	
Friedberg	R II W II	Stadtkreis	
Gießen	R II W II	Koblenz	R II W III
Groß-Gerau	R IV W IV	Landkreise	
Lauterbach	RI W II	Ahrweiler	R II W III
Offenbach	R IV W IV	Altenkirchen	R IV W IV
Reg.-Bezirk Kassel		Birkenfeld	R IV W IV
Stadtkreise		Cochem	R II W III
Fulda	RI W II	Koblenz	R II W III
Kassel	RI WI	Kreuznach	R IV W IV
Marburg	RI W II	Mayen	R II W III
Landkreise		Neuwied	R II W III
Eschwege	RI WI	St. Goar	R II W III
Frankenberg	RI WI	Simmern	R II W III
Fritzlar-Homburg	RI WI	Zell	R II W III
Fulda	RI W II		
Hersfeld	RI W II	Reg.-Bezirk Trier	
Hofgeismar	RI WI	Stadtkreis	
Hünfeld	RI W II	Trier	R IV W IV
Kassel	RI WI	Landkreise	
Marburg	RI W II	Bernkastel	R II W III
Melsungen	RI WI	Bitburg	R II W III
		Daun	R II W III

Prüm	R II	W III	Essen	R IV	W IV
Saarburg	R IV	W IV	Krefeld	R IV	W IV
Trier	R IV	W IV	Leverkusen	R IV	W IV
Wittlich	R II	W III	Mülheim/Ruhr	R IV	W IV
Reg.-Bezirk Montabaur			Mönchen-Gladbach	R IV	W IV
Landkreise			Neuß	R IV	W IV
Oberwesterwaldkreis	R II	W III	Oberhausen	R IV	W IV
St. Goarshausen	R II	W III	Remscheid	R IV	W IV
Unterlahnkreis	R II	W III	Rheydt	R IV	W IV
Unterwesterwaldkreis	R II	W III	Solingen	R IV	W IV
Reg.-Bezirk Rheinhessen			Viersen	R IV	W IV
Stadtkreise			Wuppertal	R IV	W IV
Mainz	R IV	W IV	Landkreise		
Worms	R IV	W IV	Dinslaken	R IV	W IV
Landkreise			Düsseldorf-Mettmann	R IV	W IV
Alzey	R IV	W IV	Geldern	R IV	W IV
Bingen	R IV	W IV	Grevenbroich	R IV	W IV
Mainz	R IV	W IV	Kempen-Krefeld	R IV	W IV
Worms	R IV	W IV	Kleve	R IV	W IV
Reg.-Bezirk Pfalz			Moers	R IV	W IV
Stadtkreise			Rees	R IV	W IV
Frankenthal	R IV	W IV	Rhein-Wupper-Kreis	R IV	W IV
Kaiserslautern	R IV	W IV	Reg.-Bezirk Köln		
Landau	R IV	W IV	Stadtkreise		
Ludwigshafen	R IV	W IV	Bonn	R IV	W IV
Neustadt	R IV	W IV	Köln	R IV	W IV
Pirmasens	R IV	W IV	Landkreise		
Speyer	R IV	W IV	Bergheim/Erft	R IV	W IV
Zweibrücken	R IV	W IV	Bonn	R IV	W IV
Landkreise			Euskirchen	R IV	W IV
Bergzabern	R IV	W IV	Köln	R IV	W IV
Frankenthal	R IV	W IV	Oberbergischer Kreis	R IV	W IV
Germersheim	R IV	W IV	Rheinisch-Bergischer Kreis	R IV	W IV
Kaiserslautern	R IV	W IV	Siegkreis	R IV	W IV
Kirchheimbolanden	R IV	W IV	Reg.-Bezirk Aachen		
Kusel	R IV	W IV	Stadtkreis		
Landau	R IV	W IV	Aachen	R II	W IV
Ludwigshafen	R IV	W IV	Landkreise		
Neustadt	R IV	W IV	Aachen	R II	W IV
Pirmasens	R IV	W IV	Düren	R II	W IV
Rockenhausen	R IV	W IV	Erkelenz	R II	W IV
Speyer	R IV	W IV	Geilenkirchen-Heinsberg	R II	W IV
Zweibrücken	R IV	W IV	Jülich	R II	W IV
Land Nordrhein-Westfalen			Monschau	R II	W IV
Reg.-Bezirk Düsseldorf			Schleiden	R II	W IV
Stadtkreise			Reg.-Bezirk Münster		
Düsseldorf	R IV	W IV	Stadtkreise		
Duisburg	R IV	W IV	Bocholt	R II	W IV
			Bottrop	R IV	W IV
			Gelsenkirchen	R IV	W IV

Gladbeck	R IV	W IV	Ennepe-Ruhr-Kreis	R IV	W IV
Münster	R II	W IV	Iserlohn	R II	W II
Recklinghausen	R IV	W IV	Lippstadt	R I	W I
			Meschede	R I	W I
Landkreise			Olpe	R II	W II
Ahaus	R II	W IV	Siegen	R IV	W II
Beckum	R II	W II	Soest	R II	W II
Borken	R II	W IV	Unna	R II	W II
Coesfeld	R II	W IV	Wittgenstein	R II	W I
Lüdinghausen	R II	W IV			
Münster	R II	W IV	Land Niedersachsen		
Recklinghausen	R IV	W IV	Reg.-Bezirk Hannover		
Steinfurt	R II	W IV	Kreisfreie Städte		
Tecklenburg	R II	W IV	Hameln	R II	W I
Warendorf	R II	W II	Hannover	R II	W I
Reg.-Bezirk Detmold					
Stadtkreise			Landkreise		
Bielefeld	R II	W II	Grafschaft Diepholz	R I	W III
Herford	R II	W II	Grafschaft Hoya	R I	W III
Landkreise			Grafschaft Schaumburg	R II	W I
Bielefeld	R II	W II	Hameln-Pyrmont	R II	W I
Büren	R I	W I	Hannover	R II	W I
Detmold	R II	W I	Neustadt a. Rbge.	R I	W I
Halle	R II	W II	Nienburg/Weser	R I	W III
Herford	R II	W II	Schaumburg-Lippe	R II	W I
Höxter	R I	W I	Springe	R II	W I
Lemgo	R II	W I			
Lübbecke	R II	W II	Selbständige Städte		
Minden	R II	W I	Bad Pyrmont	R II	W I
Paderborn	R I	W I	Nienburg/Weser	R I	W III
Warburg	R I	W I			
Wiedenbrück	R I	W I	Reg.-Bezirk Hildesheim		
Reg.-Bezirk Arnsberg			Kreisfreie Städte		
Stadtkreise			Göttingen	R I	W I
Bochum	R IV	W IV	Hildesheim	R II	W I
Castrop-Rauxel	R IV	W IV			
Dortmund	R IV	W IV	Landkreise		
Hagen	R IV	W IV	Alfeld	R II	W I
Hamm	R II	W II	Duderstadt	R I	W I
Herne	R IV	W IV	Einbeck	R II	W I
Iserlohn	R II	W II	Göttingen	R I	W I
Lüdenscheid	R II	W II	Hildesheim-Marienburg	R II	W I
Lünen	R IV	W IV	Holzminden	R II	W I
Siegen	R IV	W II	Münden	R I	W I
Wanne-Eickel	R IV	W IV	Northeim	R II	W I
Wattenscheid	R IV	W IV	Osterode/Harz	R II	W I
Witten	R IV	W IV	Peine	R II	W I
			Zellerfeld	R II	W I
Landkreise					
Altena	R II	W II	Selbständige Städte		
Arnsberg	R II	W II	Holzminden	R II	W I
Brilon	R I	W I	Münden	R I	W I
			Peine	R II	W I

Reg.-Bezirk Lüneburg			Selbständige Städte		
Kreisfreie Städte			Lingen	R II	W III
Celle	RI	W II	Nordhorn	R II	W III
Lüneburg	R II	W II	Reg.-Bezirk Aurich		
Wolfsburg	RI	W II	Kreisfreie Stadt		
Landkreise			Emden	R II	W II
Burgdorf	RI	W I	Landkreise		
Celle	RI	W II	Aurich (Ostfriesland)	R II	W II
Fallingbostal	RI	W III	Leer	R II	W II
Gifhorn	RI	W II	Norden	R II	W II
Harburg	R II	W II	Wittmund	R II	W II
Lüchow-Dannenberg	RI	W II	Selbständige Städte		
Lüneburg	R II	W II	Leer	R II	W II
Soltau	RI	W II	Norden	R II	W II
Uelzen	RI	W II	Verw.-Bezirk Braunschweig		
Selbständige Städte			Kreisfreie Städte		
Lehrte	RI	W I	Braunschweig	R II	W I
Uelzen	RI	W II	Goslar	R II	W I
Reg.-Bezirk Stade			Salzgitter	R II	W I
Kreisfreie Stadt			Landkreise		
Cuxhaven	R II	W II	Blankenburg	R II	W I
Landkreise			Braunschweig	R II	W I
Bremervörde	R II	W III	Gandersheim	R II	W I
Land Hadeln	R II	W II	Goslar	R II	W I
Osterholz	R II	W III	Helmstedt	RI	W I
Rotenburg/Hann.	R II	W III	Wolfenbüttel	R II	W I
Stade	R II	W II	Selbständige Städte		
Verden	R II	W III	Helmstedt	RI	W I
Wesermünde	R II	W III	Wolfenbüttel	R II	W I
Selbständige Städte			Verw.-Bezirk Oldenburg		
Stade	R II	W II	Kreisfreie Städte		
Verden	R II	W III	Delmenhorst	R II	W III
Reg.-Bezirk Osnabrück			Oldenburg/O.	R II	W III
Kreisfreie Stadt			Wilhelmshaven	R II	W II
Osnabrück	R II	W II	Landkreise		
Landkreise			Ammerland	R II	W II
Aschendorf/Hümmling	R II	W III	Cloppenburg	R II	W III
Bersenbrück	R II	W III	Friesland	R II	W II
Grafschaft Bentheim	R II	W III	Oldenburg/O.	R II	W III
Lingen	R II	W III	Vechta	R II	W III
Melle	R II	W II	Wesermarsch	R II	W II
Meppen	R II	W III	Selbständige Stadt		
Osnabrück	R II	W II	Nordenham	R II	W II
Wittlage	R II	W II			

Land Schleswig-Holstein		Rendsburg	R II	W II	
Stadtkreise		Schleswig	R II	W II	
Flensburg	R II	W II	Segeberg	R II	W II
Kiel	R II	W III	Steinburg	R II	W II
Lübeck	R II	W III	Stormarn	R II	W II
Neumünster	R II	W II	Süderdithmarschen	R II	W II
		Südtondern	R II	W II	
Landkreise		Land Hamburg	R III	W III	
Eckernförde	R II	W II	Land Bremen		
Eiderstadt	R II	W II	Stadtkreise		
Eutin	R II	W II	Bremen	R III	W III
Flensburg	R II	W II	Bremerhaven	R II	W II
Herzogtum Lauenburg	R II	W II	Land Berlin		
Husum	R II	W II	(Westsektor)	R II	W II
Norderdithmarschen	R II	W II			
Oldenburg	R II	W II			
Pinneberg	R II	W II			
Plön	R II	W II			

**Gesetz zur Ergänzung des
Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesergänzungsgesetzes
zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung.**

Vom 19. August 1957.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Dritte Gesetz zur Änderung des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 29. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 559) wird wie folgt ergänzt:

Nach Artikel III wird folgender neuer Artikel III a eingefügt:

„ Artikel III a

Wiederkehrende Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz sind bei Änderung der tatsächlichen Verhältnisse infolge der Erhöhung der Geldleistungen auf Grund der Gesetze über die

Rentenversicherungsneuregelung und die Änderung und Ergänzung des Bundesversorgungsgesetzes höchstens um den Monatsbetrag zu kürzen, um den diese Geldleistungen sich monatlich erhöht haben oder erhöhen.“

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

Artikel 4

Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 1957 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 19. August 1957.

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Sieveking

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Drittes Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit.

Vom 19. August 1957.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

ERSTER ABSCHNITT

Anderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes

Artikel I

An die Stelle der mit Ablauf des 31. März 1953 außer Kraft getretenen § 3 Nr. 3 und § 6 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (Reichsgesetzbl. S. 583) treten folgende Bestimmungen:

1. § 3 Nr. 3:

„3. durch Erklärung (§ 6 Abs. 2)“

2. § 6:

„§ 6

(1) Eine Ausländerin, die mit einem Deutschen die Ehe schließt, hat einen Anspruch auf Einbürgerung, solange die Ehe besteht und der Ehemann die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Endet die Ehe durch Tod oder wird sie ohne Verschulden der Ehefrau geschieden, so steht der Ehefrau der Anspruch auf Einbürgerung noch bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tode ihres Mannes oder nach Rechtskraft der schuldlosen Scheidung zu.

(2) Wird die Ehe vor einem deutschen Standesbeamten geschlossen, so kann die Ausländerin die deutsche Staatsangehörigkeit auch dadurch erwerben, daß sie bei der Eheschließung zu Protokoll des Standesbeamten erklärt, deutsche Staatsangehörige werden zu wollen.

(3) Minderjährige stehen Volljährigen gleich.

(4) Das Verfahren gemäß Absatz 1 und 2 ist gebührenfrei.“

Artikel II

(1) Frauen, die in der Zeit vom 1. April 1953 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes als Ausländerinnen mit deutschen Staatsangehörigen die Ehe geschlossen haben, haben einen Anspruch auf Einbürgerung gemäß § 6 Abs. 1 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes in der Fassung dieses Gesetzes.

(2) Sie können innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr erklären, daß sie die deutsche Staatsangehörigkeit mit Rückwirkung auf den Zeitpunkt der Eheschließung erworben haben wollen. Die Erklärung muß gegenüber der zuständigen Einbürgerungsbehörde in öffentlich beglaubigter Form oder zu Protokoll der Behörde abgegeben werden und bewirkt den rückwirkenden Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für die Erklärende und für die Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit von ihr abgeleitet hätten. Ist sie vor Inkraft-

treten dieses Gesetzes gestorben oder stirbt sie vor Ablauf der Erklärungsfrist, so gilt § 21 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 65) entsprechend. Das Erklärungsrecht besteht auch, wenn die Ausländerin vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingebürgert worden ist.

(3) § 6 Abs. 3 und 4 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes in der Fassung dieses Gesetzes finden Anwendung.

ZWEITER ABSCHNITT

Anderung des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit

Artikel III

§ 12 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 65) erhält folgende Fassung:

„§ 12

(1) Der Anspruch auf Einbürgerung steht auch dem früheren deutschen Staatsangehörigen zu, der im Zusammenhang mit Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine fremde Staatsangehörigkeit erworben hat, auch wenn er seinen dauernden Aufenthalt im Ausland beibehält.

(2) Der Anspruch auf Einbürgerung steht den Abkömmlingen der in Absatz 1 genannten Personen bis zum 31. Dezember 1970 zu.“

DRITTER ABSCHNITT

Schlußbestimmungen

Artikel IV

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel V

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 19. August 1957.

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Sieveking

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

**Dritte Verordnung zur Durchführung
des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
(Verordnung zu § 164 Abs. 2 Nr. 3 AVAVG).**

Vom 21. August 1957.

Auf Grund des § 164 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. April 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 321) wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Verteidigung verordnet:

§ 1

(1) Für die nach § 56 Abs. 2 AVAVG Versicherten wird eine Pauschalberechnung für einen Gesamtbeitrag des Bundes angeordnet.

(2) Der Gesamtbeitrag wird unter Zugrundelegung des jeweiligen Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung aus dem doppelten durchschnittlichen Arbeitslosengeld je Kalendertag (§ 2 Abs. 1) vervielfacht mit 75 vom Hundert der Wehrdiensttage (§ 2 Abs. 2) berechnet.

§ 2

(1) Das doppelte durchschnittliche Arbeitslosengeld je Kalendertag wird vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung oder der von ihm bezeichneten Dienststelle aus dem doppelten durchschnittlichen Arbeitslosengeld aller Bezieher von Arbeitslosengeld in dem der Leistung von Wehrdiensttagen vorangegangenen Kalenderjahr berechnet und dem Bundesminister für Verteidigung oder der von ihm bezeichneten Dienststelle bis zu dem in Absatz 2 genannten Zeitpunkt mitgeteilt.

(2) Die Wehrdiensttage werden vom Bundesminister für Verteidigung oder der von ihm bezeichneten Dienststelle für jedes Kalenderjahr aus der Zahl der Kalendertage, vervielfacht mit der Zahl der Wehrpflichtigen, die an diesen Tagen Grundwehrdienst geleistet oder an einer Wehrübung von mehr als einer Woche teilgenommen haben, berechnet und dem Präsidenten der Bundesanstalt oder der von ihm bezeichneten Dienststelle bis zum 1. März des folgenden Kalenderjahres mitgeteilt. Angefangene Kalendertage gelten als volle Tage.

§ 3

(1) Die vom Präsidenten der Bundesanstalt für die Berechnung des doppelten durchschnittlichen Arbeitslosengeldes benutzten Rechnungsunterlagen sind auf Verlangen dem Bundesminister für Verteidigung oder der von ihm bezeichneten Dienststelle zur Nachprüfung offenzulegen.

(2) Die vom Bundesminister für Verteidigung für die Berechnung der Wehrdiensttage benutzten Rechnungsunterlagen sind auf Verlangen dem Präsidenten der Bundesanstalt oder der von ihm bezeichneten Dienststelle zur Nachprüfung offenzulegen.

§ 4

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1957 in Kraft.

(2) Sie tritt mit dem Ablauf des 31. Dezember 1958 außer Kraft.

Bonn, den 21. August 1957.

Der Bundesminister für Arbeit
Anton Storch

Bundesgesetzblatt

Teil I

1957	Ausgegeben zu Bonn am 28. August 1957	Nr. 49
------	---------------------------------------	--------

Tag	Inhalt:	Seite
26. 8. 57	Erste Verordnung zur Einführung von Bundesrecht im Saarland	1255
23. 8. 57	Verordnung zur Verhütung der Einschleppung von gefährlichen Krankheitserregern und Schädlingen der Kulturpflanzen (Pflanzenbeschauverordnung)	1258
21. 8. 57	Verordnung über die Höhe der an die Einzugsstellen zu leistenden Vergütung für den Einzug der Beiträge zu den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten	1274

In Teil II Nr. 24, ausgegeben am 21. August 1957, sind veröffentlicht: Bekanntmachung über die Verfahrensordnung der Vertrauensstelle für Goldhypotheken. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Kulturabkommens (Inkrafttreten für Italien). — Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages der Bundesrepublik Deutschland mit der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Regelung der evangelischen Militärseelsorge. — Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 10 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 16. November 1921 über das Alter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in der Landwirtschaft. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 11 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 12. November 1921 über das Vereins- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 15 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 11. November 1921 über das Mindestalter für die Zulassung von Jugendlichen zur Beschäftigung als Kohlenzieher (Trimmer) oder Heizer. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 16 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 11. November 1921 über die pflichtmäßige ärztliche Untersuchung der in der Seeschifffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 19 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 5. Juni 1925 über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen. — Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 98 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 1. Juli 1949 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen. — Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 100 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 29. Juni 1951 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit.

Erste Verordnung zur Einführung von Bundesrecht im Saarland.

Vom 26. August 1957.

Auf Grund des § 16 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1011) verordnet die Bundesregierung nach Anhörung der Regierung des Saarlandes mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Im Saarland werden folgende gesetzliche Bestimmungen eingeführt:

1. § 40 des Personenstandsgesetzes vom 3. November 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1146);
2. Reichsgesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5. Januar 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 9);
3. § 70 der Ersten Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 19. Mai 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 533);
4. Gesetz der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes über die Übernahme von Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen im Ausfuhrgeschäft vom 26. August 1949 (Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes S. 303);

5. Verordnung über die Einführung der Anzeigepflicht für die Brucellose (seuchenhaftes Verferkeln) der Schweine vom 19. Dezember 1949 (Bundesgesetzbl. S. 5);
6. Gesetz über die Übernahme von Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen im Ausfuhrgeschäft vom 4. September 1950 (Bundesgesetzbl. S. 447);
7. Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung vom 14. Dezember 1950 (Bundesgesetzbl. S. 785);
8. Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Fideikommiß- und Stiftungsrechts vom 28. Dezember 1950 (Bundesgesetzbl. S. 820);
9. Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Personenstandsgesetzes vom 15. Januar 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 57);
10. Zweites Gesetz über die Übernahme von Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen im Ausfuhrgeschäft vom 20. April 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 255);
11. Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet vom 25. April 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 269);

Verkündungen im Bundesanzeiger.

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (Bundesgesetzbl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im Bundesanzeiger Nr.	vom	Tag des Inkraft- tretens
Verordnung zur Durchführung einer Statistik des grenzüberschreitenden Personenverkehrs mit Kraftfahrzeugen. Vom 7. August 1957.	153	13. 8. 57	1. 9. 57
Verordnung zur Durchführung einer Statistik der Beförderung von Personen zu Lande. Vom 7. August 1957.	153	13. 8. 57	1. 9. 57
Verordnung über die Festsetzung von Entgelten für Verkehrsleistungen der Binnenschifffahrt. Vom 6. August 1957.	153	13. 8. 57	Inkrafttreten gemäß § 4
Verordnung über die Druckkostenbeiträge für die Veröffentlichung von Warenzeichen. Vom 1. August 1957.	155	15. 8. 57	16. 8. 57
Verordnung über die Ablösung öffentlicher Baudarlehen nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz (Ablösungsverordnung). Vom 13. August 1957.	156	16. 8. 57	1. 7. 56
Verordnung zur Änderung der Dritten Durchführungsverordnung zum Vieh- und Fleischgesetz. Vom 16. August 1957.	159	21. 8. 57	Inkrafttreten gemäß Artikel 3
Achte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Förderung der deutschen Eierwirtschaft. Vom 19. August 1957.	160	22. 8. 57	1. 10. 57

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz - Verlag Bundesanzeiger-Verlags-GmbH., Bonn/Köln - Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Das Bundesgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen. Teil I und Teil II.
Laufender Bezug durch die Post Bezugspreis: vierteljährlich für Teil I = DM 4,-, für Teil II = DM 3,- (zuzüglich Zustellgebühr).
Einzelstücke je angefangene 24 Seiten DM 0,40 (zuzüglich Versandgebühren) - Zusendung einzelner Stücke per Streifenband gegen
Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399.
Preis dieser Ausgabe DM 0,40 zuzüglich Versandgebühr DM 0,10